

## **In Bremen und Bremerhaven droht ein Lehrer- und ErzieherInnenmangel**

Schlussfolgerungen der GEW Bremen aus der Bedarfsstudie zum Erzieher/innen- und Lehrer/innenbedarf von Prof. Dr. Klaus Klemm für die norddeutschen Bundesländer

### **I. Lehrkräfte**

1. Es entscheiden sich zu wenige junge Menschen für den Beruf der Lehrerin bzw. des Lehrers. Legt man die Zahl der Pensionierungen und der politischen Versprechen („kein Stellenabbau – Demografierendite nutzen“) zu Grunde, so reicht das Ausbildungsvolumen schon an der **Universität** nicht aus. Dies verweist auf die mangelnde Attraktivität des Berufes, aber auch auf die Ausbildungsbedingungen der ersten Phase.

Schlussfolgerungen:

- a) die Universität muss ein vollständiges Ausbildungsangebot für alle Fächer und alle Schulstufen vorhalten. So sind die Studiengänge Sport und Behindertenpädagogik wieder zu eröffnen und auch in geisteswissenschaftlichen Fächern keine weiteren Studienplätze abzubauen;
- b) die Studienbedingungen sind so zu verbessern, dass die (bundesweit) durchschnittliche Abbrecherquote von 40% gesenkt wird; dies bedingt verbesserte Lernbedingungen von der Veranstaltungsgröße an der Uni bis zur BaFög-Zuweisung;
- c) Studierende in der Bachelorphase, die verschiedene Berufsoptionen haben, müssen gezielt für den Lehrerberuf geworben werden.

Die Universität Bremen muss sich wieder als lehrerbildende Uni profilieren. Die Masterausbildung muss für alle Schulstufen 2 Jahre betragen.

2. Das **Referendariat** kann seine Aufgabe als wissenschaftlich fundierte Vorbereitungszeit für die Schulpraxis derzeit nur bedingt erfüllen. Die Verlagerung von Ausbildungsleistungen an die Schulen erhöht dort den Arbeitsdruck für Mentoren und Referendare. Die Ausbildung des LIS ist durch gekürzte Ressourcen eingeengt.

Schlussfolgerungen:

- a) die Zahl der Ausbildungsplätze im LIS ist zu erhöhen – unter qualitativ orientierten Ausbildungsbedingungen, dazu gehören:
- b) die Senkung des bedarfsdeckenden Unterrichts von zehn auf sechs Stunden;
- c) ein schnellerer Zugang zur zweiten Ausbildungsphase für alle Fächer.

Ein Eintritt in den Ausbildungsdienst des Landes entfaltet „Haltekräfte“; dies ist insbesondere für stark nachgefragte Fächer, aber auch für manche Region von Bedeutung. Vieles hängt natürlich an der Qualität der Ausbildung: Schule und LIS müssen dafür und zur (praxisorientierten) Zusammenarbeit mehr Zeit bekommen und den Referendaren muss mehr Muße zugestanden werden, berufsbezogene Kompetenzen zu erwerben. – Und es hängt am Geld: Eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung auf 1.600 € würde die vielfältigen Bemühungen erheblich stützen.

3. Nur mit einem Maßnahmenbündel, dessen Realisierung zusätzlich Geld kosten wird, kann es gelingen, dem sich abzeichnenden Lehrkräftemangel an den **Schulen** erfolgreich zu begegnen. Dabei drängt die Zeit. Neben mittelfristigen Maßnahmen fordert die GEW ein Sofortprogramm, das insbesondere für den Doppelhaushalt 2010 / 11 zum Tragen kommt (zu den Einstellungsbedarfen siehe Gutachten Klemm).

Schlussfolgerungen:

- a) Die „Humanisierung“ der Lehrerarbeit hat auch hier i.S. einer Attraktivitätssteigerung Vorrang.: die Pflichtstundenzahl ist zu reduzieren, die außerunterrichtlichen Tätigkeiten sind auf die Gesamtarbeit anzurechnen, die Arbeitsbedingungen für JunglehrerInnen sind gezielt zu verbessern, Sonderzahlungen wieder zu gewähren und Altersteilzeit ist unter den „alten“ Konditionen zu gewähren;
- b) Ein Seiteneinsteigerprogramm für Hochschulabsolventen außerhalb des Lehramtes ist aufzulegen, das den Erwerb einer pädagogischen Zusatzqualifikation bei voller Bezahlung beinhaltet;
- c) KollegInnen mit derzeit vermeintlich „falschen“ Qualifikationen (Fächer, Stufe) sollte gezielt ein Weiterbildungsangebot gemacht werden. Dies gilt gerade auch für ReferendarInnen nach erfolgreicher zweiter Prüfung ohne direkte Übernahme in den Schuldienst; deren getroffene Entscheidung zu Gunsten eines pädagogischen Berufes sollte man nutzen.

Derzeit gibt es Vorschläge, osteuropäische KollegInnen einzuwerben. Mit solchen Ideen sollte man vorsichtig sein: Die Ausbildungskosten werden den anderen Ländern überlassen, die qualifizierten Kräfte für den deutschen Arbeitsmarkt „abgeschöpft“. Schnell kommt der Hauch eines neuen Kolonialismus auf ... die Problematik auf dem deutschen Teilarbeitsmarkt „Schule“ wird damit nicht gelöst.

## II. Erzieherinnen/päd. Personal in Kitas

1. Aufgrund der Ausbaupflichtung für Kinder unter drei Jahren müssen in Bremen bis 2013 ca. 3.500 Plätze neu geschaffen werden. Um den derzeitigen Personalschlüssel zu halten bedeutet dies einen Neueinstellungsbedarf von ca. 1200 VZÄ (Vollzeitstellen), d.h. der jährliche Einstellungsbedarf liegt bei durchschnittlich ca. 250 Fachkräften (abhängig vom Teilzeit-Umfang)
2. Diesen Einstellungsbedarf gibt die momentane Auslastung der entsprechenden Fachschulen für ErzieherInnen und Kinderpflegerinnen nicht her, zumal ein Teil der dortigen Absolventinnen nicht im Kita-Bereich, sondern in anderen Tätigkeitsfeldern der Jugendhilfe arbeiten wird und ein weiterer Teil diese Ausbildung als Sprungbrett oder Zwischenschritt zur weiteren Qualifizierung sieht.
3. Ein Rückgang im Bereich der 3-6jährigen Kinder kann, wenn überhaupt, nur kurzfristig in einzelnen Stadtteilen Bedarfslücken im U-3-Bereich schließen, da – auch aufgrund perspektivisch besserer Betreuungsmöglichkeiten auch der jüngeren Kinder gerade in den Städten – wieder von einer höheren Geburtenrate auszugehen ist (ab 2010/11).
4. Beim Personalschlüssel im Bereich der Tagesbetreuung 3-6jähriger liegt Bremen immer noch unter dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil an Vollzeitstellen hier ist vergleichsweise gering. Er liegt in Bremen lediglich bei 30%, zum Vergleich: in Westdeutschland bei 44,4%. Im U3-Bereich schneidet Bremen dagegen derzeit noch gut ab.

5. Gering ist im Vergleich der Anteil an Ganztagsplätzen. Während in Hamburg mehr als 57% der unter 3jährigen Kinder 7 Stunden und mehr betreut werden, liegt dieser Anteil in Bremen bei gut 43%. 5 Stunden und weniger haben in Bremen ca. 30% der Kinder, in Hamburg lediglich knapp 10%. Im Bereich der 3-6jährigen kommt Bremen auf eine Ganztagsquote von 20%, Hamburg auf ca. 30%, bei einer insgesamt niedrigeren Versorgungsquote.
6. Das Qualifikationsniveau der pädagogischen Fachkräfte liegt in Bremen im Bereich der 3-6jährigen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil der an Hochschulen ausgebildeten SozialpädagogInnen ist im Vergleich zwar (noch) sehr hoch (12,6% zu 3,6% im Westen), dem gegenüber steht aber ein Anteil an gering qualifizierten Kräften von 22,6% (im Westen 10,9%).

### **Schlussfolgerungen:**

1. Der Ausbau der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote ist nicht nur ein quantitatives Problem sondern stellt hohe Anforderungen an Qualifizierung und Qualifikation des pädagogischen Personals. Auch hier besteht in Bremen hoher Nachholbedarf.
2. Die Ausbildungskapazitäten für ErzieherInnen und sozialpädagogische Fachkräfte müssen erhöht werden. Dabei ist einer hochqualifizierten Ausbildung wie z.B. der in Bremen bereits begonnen Bachelor/Master-Ausbildung im Rahmen des gemeinsamen Studienganges „Bildungswissenschaften“ ein hoher Stellenwert beizumessen. Dies setzt auch die Schaffung entsprechender Stellen voraus. Eine enge Kooperation der Fachschulen für Sozialpädagogik und der Universität ist anzustreben.
3. Um in den nächsten Jahren eine annähernd ausreichende Anzahl pädagogischer Fachkräfte zu gewinnen, ohne das derzeitige Qualifikationsniveau noch weiter abzusenken, muss auch die Attraktivität dieses Berufsfeldes erheblich gesteigert werden. Auf der finanziellen Ebene ist mit der gerade erfolgten Tarifeinigung ein erster, wenn auch kleiner Schritt getan. Notwendig sind verbesserte Qualifizierungen und Aufstiegsmöglichkeiten einerseits, wie auch deutlich verbesserte Arbeitsbedingungen durch einen besseren Personalschlüssel gerade im Bereich der 3-6jährigen.
4. Insbesondere KiTa Bremen als größter Träger muss sich stärker als bisher in die Ausweitung einbringen. Hier besteht als öffentlicher Träger eine besondere Verantwortung und Verpflichtung. Rückläufige Kinderzahlen dürfen in keinem Fall mit Gruppen- oder gar Einrichtungsschließungen beantwortet werden, sondern hier sind Angebote für unter 3jährige zu realisieren, ggf. auch mit Konzepten einer weiteren Altersmischung.
5. Um den Anforderungen der frühen Bildung gerecht zu werden, sind Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten auszubauen. Der zeitliche Anteil für Vorbereitungen, Fortbildungen und Dokumentation muss erhöht werden. Dies dient auch einer höheren Attraktivität des Berufes.
6. Der Platzausbau ist nicht ohne Renovierungen, Neu- oder Anbauten zu realisieren. In den Stadtteilen müssen unverzüglich entsprechende Planungen intensiviert und (Um-)Bauprojekte initiiert werden. Dazu sind die Gelder aus dem Bundesausbauprogramm unverzüglich abzurufen.